

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Meeschen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 271

Neuenbürg, Donnerstag den 20. November 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 19. Nov. Am Freitag hofft der Landtag mit seinem gegenwärtigen Arbeitspensum fertig zu werden. Heute kommt es doch zu einer Doppelsitzung. Am Freitag beginnt so- bald der Finanzausschuss die Beratung des Nachtragssetzes, der die neuen Stellen enthält. Er wird dazu etwa 2 Wochen brau- chen. In den letzten zwei Wochen vor Weihnachten wird das Studium des Nachtragssetzes verabschiedet.

Stuttgart, 19. Nov. Die Meldung, daß der Ernährungs- minister Graf sein Gemeinderatsmandat niederzulegen beabsich- tigt, entspricht, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen.

Stuttgart, 19. Nov. In Erfüllung des Friedensvertrages wird auch nach Stuttgart eine Ueberwachungskommission, bestehend aus 37 französischen Offizieren, begleitet von 5 Dolmetschern und 83 Beamten und Mannschaften, gelegt werden. Diese Gäste werden 14 Tage nach der Ratifizierung des Friedens eintreffen und in heißen Gasthöfen untergebracht werden. Außerdem müssen Ge- heimschiffe für sie beschafft und für 17 Personen-Kraftwagen halten zur Verfügung gestellt werden.

Karlsruhe, 19. Nov. Die demokratischen Abgeordneten Nie- derhöf und Gen. haben im badischen Landtag folgende kurze Anfrage eingebracht: Was gedenkt die Regierung zu tun, um der Verschleuderung des Nationalvermögens an der Schweizer Grenze durch Aufkauf von Bedarfsgegenständen durch Schweizer und der Ausnützung des tiefen Standes der deutschen Valuta entgegenzu- treten?

Hannover, 19. Nov. Hier hat eine Vereinigung von Kaufleu- ten beschlossen, an Ausländer keine Ware zu verkaufen, wenn diese mit eingewechseltem deutschen Gelde zahlen wollen. Ausländisches Geld wird beim Einkauf aber nur angenommen, wenn der volle Wert des deutschen Geldes berechnet wird, also der holländische Gulden mit 1,80, der französische Franken zu 80 Pfennigen, die britische Krone zu 1,15 Mark, der englische Schilling zu 1 Mark. Jede Mittelung ist wert, an alle Säulen anzuschlagen, in den halben aller Blätter abgedruckt zu werden, damit die weitesten kaufmännischen Kreise die Anregung erhalten, ähnliche Beschlüsse zu fassen.

Berlin, 19. Nov. Der preussische Kultminister hat eine neue Niederlassung der deutschen Ordensprovinz der Gesellschaft Jesu in Frankfurt am Main zur Ausschließung in der Seelsorge genehmigt, eine andere Fähigkeit darf ohne ausdrückliche staatliche Genehmigung von den Jesuiten nicht übernommen werden. Es dürfen nur Reichsdeutsche Mitglieder des Ordens in die Niederlassung auf- genommen werden.

Der Verfassung deutscher Kriegsgefangener in polnische Militä- rienstelle.

Berlin, 19. Nov. An die Schweizerische Gesandtschaft als die Vertretung der deutschen Interessen ist folgende Verbotsnote gerich- tet worden:

„Das Auswärtige Amt bittet die Schweizerische Gesandtschaft um ihre Vermittlung, damit die Schweizerische Gesandtschaft in London und Paris die britische und französische Regierung mit unläufiger Bescheinigung davon in Kenntnis setzt, daß eingela- genen Nachrichten zufolge deutsche Kriegsgefangene in englischen und französischen Gefangenenlagern, trotz allem Widerstreben viel- fach gezwungen worden sind, in die polnische Armee einzutreten. Die deutsche Regierung legt gegen dieses Vorgehen nachdrücklich Beschwerde ein und bittet durch Vermittlung der Schweizerischen Gesandtschaft in Paris bei der französischen Regierung darauf zu bestehen, daß an die Lagerkommandanten ein strenges Verbot der Rekrutierung oder Begünstigung solcher Zwangsüberwerbungen ergeht.“

„Ferner darf die Bitte ausgesprochen werden, daß die schwei- zerische Vertretung in Warschau das Vorstehende so beschleunigt wie möglich zur Kenntnis der polnischen Regierung bringt. In der Annahme, daß die in Rede stehende Maßnahme seitens der polnischen Verbotsorgane ohne Wissen und Willen der polnischen Regierung getroffen worden sind, glaubt die deutsche Regierung an- scheinbar erwarten zu können, daß den bezeichneten Organen die zwangsweise Einstellung deutscher Kriegsgefangener nach- drücklich untersagt wird und daß die von ihnen aus den Kreisen der Gefangenen angeworbenen Mannschaften soweit auf sie nach der anzustellenden Untersuchung ein Zwang ausgeübt worden ist, unverzüglich aus dem Verbände des polnischen Heeres entlassen werden.“

Hindenburg und Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuss.

Berlin, 18. Nov. In der Erklärung, die Generalfeldmarschall von Hindenburg und Ludendorff zu Beginn der heutigen Ver- handlung im Untersuchungsausschuss abgaben heißt es u. a.: Gemäß § 34 der Verfassung vom 11. August 1919 hat die National- versammlung einen Untersuchungsausschuss eingesetzt zur Ermitt- lung gewisser Tatbestände vor und während des Krieges. Es wird verlangt, daß die beiden Untersuchten sich eidlich äußern, über Maßnahmen der Obersten Heeresleitung, § 34 der Ver- fassung bestimmt auch, daß für das Untersuchungsverfahren die

Bestimmungen der Strafprozessordnung sinngemäße Anwendung finden. Diese sieht das Recht der Zeugnisverweigerung vor. Da das hier schwörende Verfahren sich nur auf Fragen des subjektiven Glaubens hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Fortsetzung des Krie- ges bezieht, so erklären wir beide Untersuchten, der Generalfeld- marschall von Hindenburg und der General der Infanterie Luden- dorf, daß wir eine Aussagepflicht, die für uns rechtliche Gefahren ergeben könnte, grundsätzlich nicht annehmen können, sondern daß wir, wie schon der frühere Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und sein Stellvertreter Dr. Helfferich ausgeführt haben, vor einer Unnormalität stehen. Wenn wir gleichwohl zu einer eidlichen Aussageleistung uns entschlossen haben, so geschieht dies lediglich aus der Erwägung, daß nach einem vierjährigen Krieg ein so kleines Volk wie das deutsche ein Recht darauf hat zu sehen, wie sich die Dinge unzerzert und ohne Parteilichkeit an der Front und in der Heimat abgespielt haben. Nur an der Wahrheit kann das Volk wieder gefunden und darum sind wir zur Eidesleistung und zur Aussage bereit. Was die Verfassungsmäßigkeit des Un- tersuchungsausschusses anlangt, so schließen wir uns den Vorbe- halten an, die Dr. Helfferich gestern in seiner Erklärung nieder- gelegt hat.

Folgende sechs Fragen wurden vom Untersuchungsausschuss dem Generalfeldmarschall von Hindenburg vorgelegt: 1. Von wel- chem Zeitpunkt an hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootskrieges zum 1. Februar 1917 für unaufschiebbar und aus welchen Gründen? 2. Waren der Obersten Heeresleitung die Gegenstände für die Eröffnung des U-Boots- krieges, wie sie sich besonders aus den Ausführungen der Unterstaatssekretäre von Haniel und Albert ergaben, bekannt, und aus welchen Gründen hat die Oberste Heeresleitung die gegen den uneingeschränkten U-Bootskrieg vorgebrachten Gegenstände als nicht stichhaltig anerkannt? 3. Aus welchen Gründen nimmt die Oberste Heeresleitung, wie sich aus dem Telegramm des General- feldmarschalls von Hindenburg vom 23. Dezember 1916 an den Reichskanzler ergibt, an, daß der Friedensappell Wilsons vom 12. Dezember 1916 durch England hervorgerufen sei und nicht auf die von der Reichsleitung angeregte Friedensoffensive Wilsons zurück- gehe? 4. Waren der Obersten Heeresleitung die einzelnen Stadien der Wilsonschen Aktion bekannt? Waren ihr besonders am 9. Januar 1917, als der Entschluß zur Eröffnung des U-Bootskrieges gefaßt wurde, die Berichte des Grafen Bernstorff aus der Zeit vom 21. Dezember 1916 bis 9. Januar 1917 bekannt? 5. Hat die Oberste Heeresleitung angenommen, daß England längstens bis zum 1. Juli 1917 zum Frieden gezwungen werden könne, wie dies in der Denkschrift des Admiralsstabes vom 22. Dezember 1916 in Aussicht gestellt wurde? 6. General Ludendorff berichtet in sei- nem Werke Seite 253, daß am 29. Januar 1917 bei der Be- sprechung im Großen Hauptquartier von Seiten der Reichsregie- rung ein Aufschub des Beginns des uneingeschränkten U-Boots- krieges nicht gefordert worden sei, während Herr von Bethmann- Hollweg in seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss betont hat, er habe eine solche Forderung gestellt. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Generalfeldmarschall von Hindenburg antwortete: Wir sehen den Krieg als die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln an. Unsere Friedenspolitik hatte versagt. Wir wollten keinen Krieg und bekamen doch den größten.

Vorsitzender Gothein unterbrechend: Werturteile sollen aber ausgeschlossen sein.

Generalfeldmarschall von Hindenburg: Dann lasse ich die Weltgeschichte darüber entscheiden. Ich weiß mir das eine mit absoluter Gewißheit: Das deutsche Volk wollte den Krieg nicht, der deutsche Kaiser wollte ihn nicht, die Regierung wollte ihn nicht und der große Generalstab wollte ihn erst recht nicht, denn er konnte besser die schwierige Lage Deutschlands in einem Kriege gegen die Entente. Daß die militärische Zentralbehörde Vorbe- reitungen für die Möglichkeiten eines etwa unvermeidlichen Krie- ges getroffen hat, war ihre Pflicht gegenüber dem Volke. Wir haben es als unsere vornehmste Aufgabe auf, den Krieg mit allen Mitteln so schnell wie möglich und so günstig wie möglich zu be- endigen. Wir wußten, was wir von unserem Heer zu fordern hatten und wir wußten, was es geleistet hat. Während sich bei unseren Feinden trotz ihrer Ueberlegenheit alle Parteien und alle Schichten der Bevölkerung immer fester in dem Willen zum Siege zusammenschlossen, und zwar um so fester, je schwieriger die Lage wurde, machte sich bei uns, obwohl wir zahlenmäßig unterlegen waren, Parteiinteressen im Innern geltend. Diese Zustände führ- ten zu einer Spaltung des Siegeswillens.

Vorsitzender Gothein unterbricht wiederum, weil auch hier Werturteile vorliegen.

Hindenburg: Dann lasse ich die Weltgeschichte darüber entscheiden, was ich hier nicht weiter ausführen darf. In jener Zeit hat noch der Wille zum Sieg geherrscht. Als wir unter dem Übernehmen lachten wir bei den Parteien Kraft und Mitarbeit, begegneten aber Verlagen und Schwäche. Seit jener Zeit sieht auch die heimliche Zersetzung in Heer und Flotte ein. Die Wir- kung dieser Bestrebungen waren der Obersten Heeresleitung wäh- rend des letzten Kriegsjahres nicht verborgen geblieben. Die bra-

ven Truppen, die sich von der revolutionären Bewegung frei hiel- ten, hätten unter der Einwirkung der revolutionären Kametoden schwer zu leiden. Unsere Forderung, noch strenger Zucht und strenger Handhabung der Gesetze durchzuführen, wurde nicht er- füllt, so mußten unsere Operationen mifflingen und der Zusam- menbruch kommen. Die Revolution bildete nur den Schlußstein. Wo die Schuld lag, bedarf keines Beweises. Bestimmt erkläre ich, daß General Ludendorff und ich bei allen großen Entscheidungen der gleichen Auffassung gewesen sind und in voller Ueberein- stimmung seit dem 29. August 1916 gearbeitet haben.

Als der Vorsitzende Hindenburg in seinem Zeugnis unterbroch und ihn darauf aufmerksam machte, daß Werturteile nicht abge- geben werden sollten, erklärte Sachverständiger Prof. Dietrich Schäfer, als Sachverständiger fühle er sich verpflichtet, festzu- stellen, daß er bei dem Beschluß des Ausschusses, Werturteile sollten nicht abgegeben werden, nicht mitgewirkt habe. Der Vorsitzende entgegnete: Er lege Verwahrung dagegen ein, daß ein Sachver- ständiger die Tätigkeit des Ausschusses in dieser Weise kritisiere. Prof. Schäfer beharrte bei seinem Einspruch, worauf der Vor- sitzende die Verhandlungen unterbroch und der Ausschuss sich zurückzog, um zu der Erklärung des Sachverständigen Stellung zu nehmen. Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende den Beschluß des Ausschusses, durch welchen der Einspruch Prof. Schäfers zurückgewiesen wurde.

Ludendorff: Als Generalfeldmarschall von Hindenburg und ich in die Oberste Heeresleitung eintraten, war die Lage sehr ernst. Wir standen an der Front dem Feinde gegenüber wie 6:10. Unangenehme Materialausstattung und zu geringe Munitionsausstattung bedeuteten mit klaren dünnen Worten schmerzte Verluste von Menschenleben und Werten. Für den Generalfeld- marschall und mich war bei der Stellungnahme Ende August gegen den U-Bootskrieg und damit gegen den Chef des Admiralsstabes lediglich der Grund maßgebend, daß der Reichskanzler ein feind- liches Vorgehen Dänemarks und Hollands unter dem Druck Eng- lands in den Kreis seiner Berechnungen zog, und wir keinen Raum übrig hatten, um die Grenze zu schieben.

Aus der weiteren Behandlung des Generals v. Ludendorff ist hervorzuheben: Alle Maßnahmen, wie das Hindenburg-Pro- gram, das Hilfsdienstgesetz und schließlich der Ausfallungsgodenz im Ausland bezweckten nur, den Kampf für das deutsche Volk so schnell und so gut wie möglich zu beenden. Als der Reichs- kanzler an uns mit dem Gedanken einer Friedensvermittlung durch Wilson im September 1916 herantrat, stimmten wir zu. Unsere Lage zu Anfang Dezember 1916 war trotz unserer glänzenden Siege in Rumänien an allen Fronten überaus ernst. Der Kräfte- verbrauch war groß. Dazu kam die Ueberlegenheit der Feinde an Material. Das schlimmste aber war die physische Erschöpfung der Truppen, der Geist an der Front war noch ungebrochen. Wir konnten günstigenfalls aber nur noch hoffen, in der Verteidigung den feindlichen Siegeswillen zu lähmen. Wir mußten uns sagen, wir können die Entente nicht mehr zur Friedensbereitschaft zwin- gen. Besonnen muß ich, daß wir beide in völliger Uebereinstim- mung mit der Reichsregierung gearbeitet haben.

Auf die Frage des Vorsitzenden äußerte Hindenburg: Der Entschluß zum U-Bootskrieg war wohl der schwerste Ent- schluß, der von uns damals gefaßt wurde. Schwerer war wohl nur noch der Entschluß am 26. September 1918 zum Waffen- stillstand. Wir haben geglaubt, daß das Angebot Wilsons nur aus dem Wunsch heraus entstanden ist, um uns hintanzuhalten und eine Verschärfung des U-Bootskrieges, vor dem England schwere Sorge empfand, zu verhindern.

Auf einen Vorhalt des Vorsitzenden, daß Graf Bern- storff in der vorigen Woche Beurkundungen gemacht habe über seine Unterredung mit Ludendorff am 4. Mai 1917, wobei General Ludendorff im Gegensatz zu Bernstorffs Friedensbemühungen er- klärt habe, daß jetzt durch den U-Bootskrieg die Sache in 3 Mona- ten zu Ende geführt werden solle, äußerte der General: Wenn Graf Bernstorff sagte, seine Tätigkeit hinsichtlich des Friedens sei mir unerwünscht gewesen, so ist das falsch; aber im allgemeinen war mir die Tätigkeit des Grafen Bernstorff allerdings ungun- stig. Ich halte es für möglich, daß er den Reichskanzler über Wilson nicht richtig unterrichtet hat. Wenn Bernstorff behauptet, daß wir Amerika vom Eintritt in den Krieg nur dadurch hätten abhalten können, daß wir Wilsons Vermittlung annahmen, so frage ich, ob davon auch dem Reichskanzler früher die richtige Mit- teilung gemacht ist. Ich soll gesagt haben, in 3 Monaten wäre die Sache durch den U-Bootskrieg zu beenden, (mit starker Er- regung und mit der Faust auf den Tisch schlagend) diese Worte habe ich nicht gesagt.

Hierauf nimmt wieder von Hindenburg das Wort: Ich wollte mir aussprechen, daß auch ich entrüstet bin über das, was meinem treuen Gehilfen und Mitarbeiter hier nachgesagt wurde. Er ist stets für den Frieden eingetreten. Für einen solchen haben wir Tag und Nacht gearbeitet. Sedenfalls weise ich den Vorwurf gegen meinen Mitarbeiter auf das schärfste und mit größter Ent- schiedenheit zurück.

Nach einer kurzen persönlichen Auseinandersetzung mit dem Grafen Bernstorff erklärte Ludendorff zum Schluß: Die

Anzeigenpreis:
Die einseitige Petitzeile
über einen Raum 25 g
außerhalb des Bezirkes
10 g, bei Anstufung
entsprechend. Nebenbei
nach der Maßnahme
hinsichtlich sind.
Schluss der Abrechnung:
Annahme 4 Uhr
Fernsprecher Nr. 4
für viele Nachrichten
kann über die Abrech-
nung kommen.

Anleihe

Wildbad.

Neuenbürg.

Fahrrad

Bereifung.

Neuenbürg.

Lage war anders, als Graf Bernstorff sie ansah. Wir haben Beweise, daß wir den Frieden wollten. Als in Rußland die Revolution ausbrach, da unterstützten wir die Politik des Reichskanzlers, um zum Frieden zu kommen. In jenen Tagen habe ich auch die Bedingungen für den Waffenstillstand mit Rußland entworfen, die so milde waren, daß kein Pazifist dagegen etwas einwenden kann.

Hierauf werden die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt.

Berliner Blätterstimmen.

Berlin, 19. Nov. Am Untersuchungsausschuß hat am Dienstag General Ludendorff die Behauptung aufgestellt, daß die Front von hinten erdolcht worden sei. Ganz anderer Anschauung sei, erklärt der „Vorwärts“, General v. Falkenhayn, der die zum Antaantritt Hindenburgs und Ludendorffs als Generalfeldmarschall die deutsche Heere befehligte. Er schreibt in seinen in den nächsten Tagen herauskommenden Erinnerungen folgende Sätze: Die allgemeine Kriegslage war an dem Zeitpunkt der Ueberrahme der Geschäfte durch Hindenburg ernst. Sie ist mit Schwankungen dem Grade nach vom 14. September 1914 nie anders gewesen. Nichts hat wahrscheinlich mehr für den jämmerlichen Ausgang des Krieges beigetragen, als der Umstand, daß diese Lasten erst in der Zeit, als nichts mehr zu retten war, der Masse des Volkes enthielt wurde.

Ueber die Fortsetzung der Verhandlungen.

Berlin, 18. Nov. Der Untersuchungsausschuß trat nach dem Abbruch der Verhandlungen zu einer internen Sitzung zusammen, um über den Termin der neuen Sitzung zu beraten. Es wurde beschlossen, die Festsetzung dieses Termins dem morgen zusammentretenden Hauptauschuß zu überlassen, welcher auch gleichzeitig über den Einspruch Heffersichs gegen die über ihn verhängten Strafen von je 300 Mark Beschluss fassen wird. Im Untersuchungsausschuß wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die nächste Vernehmung, sobald Zeit dafür vorhanden wäre, in Hannover vorgenommen werde, um dem greisen Feldmarschall eine abermalige Reise nach Berlin zu ersparen. Feste Beschlüsse sind indes noch nicht gefaßt worden.

Die Rückreise Hindenburgs nach Hannover.

Berlin, 19. Nov. Generalfeldmarschall von Hindenburg reist, nachdem die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses vorläufig auf unbestimmte Zeit abgebrochen sind, jetzt nach Hannover zurück und wird erst in einigen Wochen, falls dann der Ausschuss zusammentreten sollte, erneut nach Berlin kommen. Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff legen Wert darauf, bekannt zu geben, daß beide deswegen nicht in Uniform erscheinen sind, weil im Ausschuss Persönlichkeiten sitzen, vor denen sie auch als Zeuge nicht in Uniform und mit den im Kriege erworbenen Orden und Ehrenzeichen erscheinen wollen.

Hindenburg der gute Kamerad.

Berlin, 18. Nov. Als nach Schluß der heutigen Ausschusssitzung der Vorsitzende Gothein in persönlicher Unterredung dem Generalfeldmarschall von Hindenburg erklärte, der Ausschuss hätte ihn gerne die Mühe der abermaligen Beteiligung an einer Verhandlung erspart und würde ihn sicher frühzeitig benachrichtigen, erklärte Hindenburg: „Ich lasse meinen Kameraden nie im Stich. Sowie er wieder geholt wird, bin ich neben ihm und wenn ich zu Fuß hierher gehen soll.“ Im Vorraus wurden dem Heerführer lebhafte Ovationen dargebracht. Herr Ledebour riefte, wurde aber von einer Dame sehr erregt und sehr energisch zur Ruhe gebracht. Vor dem Reichstagsgebäude brachte eine zahlreichere Menge auf den Generalfeldmarschall brausende Hochrufe aus, aber auch Unabhängige hatten sich eingefunden und brüllten „Nieder“.

Gothein endgültig Vorsitzender des Untersuchungsausschusses.

Berlin, 19. Nov. Der Untersuchungsausschuß hat sich dahin geeinigt, dem bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Gothein nunmehr endgültig den Vorsitz zu übertragen. Der ursprüngliche Vorsitzende Warmuth bleibt als Vertreter der deutschnationalen Fraktion im Ausschuss. Ein stellvertretender Vorsitzender wurde bisher nicht gewählt. Der Ausschuss beabsichtigt während der Unterbrechung der Sitzungen sein Aktenmaterial in der polnischen Frage zu sichten.

Ausland.

Wien, 19. Nov. Die Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung sollen für das ganze unbesetzte Gebiet auf 21. Dezember ausgeschrieben werden. Die Nationalversammlung soll am 3. Januar zusammentreten.

Bern, 19. Nov. Im den Völkerverbund führt der Schweizer Nationalrat in Bern gegenwärtig große Debatten. Die Stimmung ist vorwiegend ablehnend. (Kein Wunder, wenn man das Treiben der Alliierten vergleicht mit den Verhandlungen im amerikanischen Senat. Woher soll da Vertrauen zu diesem Witzgeschöpf der Alliierten kommen. Schriftl.)

London, 19. Nov. Der Attorney-General und Solicitor-General, die jetzt in Paris weilen, verhandeln mit dem Obersten Rat über das Gerichtsverfahren gegen den früheren deutschen Kaiser. Man hofft, daß bis Weihnachten in dieser Frage ein endgültiger Schritt getan wird.

London, 19. Nov. Das Unterhaus nahm in dritter Lesung einstimmig das Ausländergesetz an. — In Beantwortung einer Anfrage erklärte Bonar Law, daß die britische Regierung darauf bestünde, daß die Kosten für die Befehlstruppen während der Dauer des Waffenstillstandsabkommens bei der Befehl der Türkei von den Mächten zu tragen sind, die erst ein Mandat über die betreffenden Gebiete erhalten würden.

Englische Untersuchung des Dardanellenunternehmens.

Der Bericht der englischen Untersuchungskommission über das mißglückte Dardanellenunternehmen ist veröffentlicht worden. Der Bericht erklärt, daß das Unternehmen nicht genügend fundiert worden sei und daß man sich über gewisse Schwierigkeiten keine Rechenschaft geben habe. Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß die Entschließung Kitcheners, die Dardanellen sofort zu nehmen, die einzige Maßnahme gewesen sei, die den dortigen Umständen habe entsprechen können. (Die leitenden Kreise in Deutschland könnten sich ein Beispiel nehmen an der feindlichen Kritik über mißglückte Unternehmen; in Deutschland wird dagegen über bewährte Männer der Sab gebracht, das bischen Ansehen, welches wir noch im Ausland genießen, immer mehr herunterschwächen. Betrachtet man die ganze Sache vorurteilsfrei, so kommt man zu dem Ergebnis, daß nicht Einzelne Schuld an dem Zusammenbruch sind, nein, die ganze Nation, der eine mehr, der andere weniger, hat dazu beigetragen. Schriftl.)

Die Wahlen in Italien.

Mailand, 19. Nov. Die bisherigen Resultate aus 1153 Wahlbezirken ergeben 170 317 Stimmen für die Liste der Ordnungsparteien, davon 21 668 für die Liberalen, 75 195 für die Demokraten, 449 für die Agrarier, 73 005 für die katholische Volkspartei. Der Block der Linken erhielt 52 650, die Sozialisten 75 117 Stimmen. Im übrigen lassen die Wahlresultate aus Oberitalien erkennen, daß die Sozialisten durchweg gesiegt haben.

Wohin unsere schönen Schiffe kommen.

Brüssel, 19. Nov. Nach der „Abre belgique“ sind der belgischen Marineverwaltung 15 der deutschen Schiffe zugewiesen worden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 18. Nov. (Sitzung des Gemeinderats.) Neben weniger wichtigen Angelegenheiten der laufenden Verwaltung bringt der Vorsitzende die Dienstverträge des Ratsdieners und der drei Schlichter zur Kenntnis des Gemeinderats, die nach kurzer Aussprache gutgeheißen werden.

Auf ein Gesuch von Hauptmann a. D. Leuchtenberger, betr. Anschluß seines Grundstücks an die städtische Wasserleitung, wird aufgrund eines Beschlusses der bürgerlichen Kollegien vom 1. Dezember 1914 beschlossen, den Anschluß zu gestatten gegen eine Gebühr von 50 Mark als Beitrag zu den Kosten der Herstellung des Hauptstranges; die Wasserzuleitung vom nächsten Hydranten zu dem Grundstück des Gesuchstellers ist von diesem selbst auf eigene Kosten herzustellen und der Beginn der Arbeit dem Stadtbauamt anzuzeigen.

In Erledigung eines schon vor dem Kriege gefaßten Beschlusses des Gemeinderats wegen Fertigung eines Bebauungsplanes für die von Gröbenhausen eingemeindete Fläche, sowie eines Ortsbauplans, mit welchem die Katastergeometer Bonnet in Birkenfeld und Vinkenell in Schramberg seinerzeit beauftragt wurden, wird nach eingehender Beratung und Erläuterung durch den Vorsitzenden an Hand des vorliegenden Kartenmaterials, sowie fachtechnischer Berechnung durch Stadtbauamtschef Stridel die Notwendigkeit dieser Arbeiten anerkannt und beschlossen, unter Anerkennung eines durch die Zeitverhältnisse bedingten Aufschlages von 150 Prozent auf die früheren Vorschläge die genannten Katastergeometer mit der Ausführung zu betrauen. Die Kosten dürften sich heute auf rund 5000 Mark belaufen, die sich im Verhältnis zu einer in Wegfall kommenden Fläche links der Enz (untere Neuwiesen) ermäßigen werden.

Der Vorsitzende kommt zum Schluß auf die Hausbesitzerversammlung vom letzten Samstag abend im Gasthof zum Bären Jura, der er möglicherweise auch angeordnet haben würde, wenn er nicht durch Unwohlsein verhindert gewesen wäre. Leider habe es sich dabei ein Teilnehmer nicht verlagern können, ihn, den Ortsvorsteher, in seiner Abwesenheit wegen einer dienstlichen Handlung scharf anzugreifen. Er, der Vorsitzende, möchte hierzu bemerken, daß wenn die Hausbesitzer auf gerechte Würdigung ihrer Lage durch die Behörden rechneten, sie unter allen Umständen auch die Pflicht hätten, der allgemeinen Lage Rechnung zu tragen und die Maßnahmen der Behörden zu erleichtern anstatt in jeder Weise zu erschweren. Gerade der Befehlshaber, Herr Ernst Müller, habe vor etwa einem Jahr hier ein Haus gekauft mit 3 Familienwohnungen zu je 3 Zimmern, sofort beiden Mietsparteien gekündigt und dann das ganze Haus für sich in Anspruch genommen. Dem sei er, der Ortsvorsteher, entgegengetreten, und als auf die geforderte Zustimmung ein Erfolg nicht zu erzielen gewesen sei, habe er demselben gegenüber allerdings die schärfsten Saiten angeschlagen, jedoch wenigstens eine Wohnung wieder der Allgemeinheit zur Verfügung gehalten sei. Wundert man sich, daß der Vorsitzende, nur darüber, daß keiner der anderen Hausbesitzer, denen er doch stets mit Verständnis für die einzelnen Fälle entgegengetreten sei, Gelegenheit genommen habe, dem Beschwerdeführer das Unhaltbare seines Verlangens vorzuhalten. Aus der Mitte des Kollegiums wurde hervorgehoben, daß dieser Beschwerde keine so große Bedeutung beizulegen sei und daß die Hausbesitzer jedenfalls der Lage, wie sie nun einmal sei, Rechnung tragen müßten.

G. H. Heinzelmann bemerkt zu dem Bericht über die Hausbesitzerversammlung, daß wenn die Mietpreise sich in der in die Defensivität gedungenen Art und Höhe steigern, dem Arbeiter auch nichts anders übrig bleibe, als ebenfalls mit erhöhten Lohnforderungen zu kommen; es sei dies die bekannte Schraube ohne Ende. Der Vorsitzende teilt zur Beruhigung mit, daß das Mietpreisgesetz jedenfalls nur nach gründlicher Erwägung und Unterbrechung jedes einzelnen Falles seine Entschliebung nach Recht und Billigkeit treffen werde.

G. H. Titellus fragt an, ob es nicht möglich sei, nachdem doch die Wasserverhältnisse wieder günstigere seien, für bessere Straßenerleuchtung Sorge zu tragen. In der Aussprache wurde die Möglichkeit zugegeben, jedoch betont, daß dann der Motor mitlaufen müßte, da das Netz in der Hauptlichtzeit (5—8 Uhr abends) so wie so schon überlastet sei. Die vorhandenen Delevarie müßten jedoch unbedingt für Eingang usw. gesparrt werden. Man ist deshalb damit einverstanden, unter diesen Umständen es bei dem bisherigen Zustande zu belassen. Die großen Rachtlampen werden eingeschaltet.

G. H. Kallier bringt einen Fall zur Sprache, der sich unlängst im Schlachthaus hier ereignete, wonach ein totes, notgeschlachtetes Pferd im Schlachthaus eingeliefert und an Verbraucher abgegeben wurde. Entweder solle man in einem solchen Falle das Fleisch eines solchen Pferdes, nachdem dieses an seinem Standort ordnungsmäßig geschlachtet wurde, als verkaufsfertige Ware einführen, oder die Zufuhr toter Pferde in das Schlachthaus untersuchen; das Schlachthaus sei kein Schlinderhaus. Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß ein Zeugnis des Fleischschauers vorliege, wonach das Pferd notgeschlachtet wurde. Das Tier sei, abgesehen von seinem hohen Alter, gesund gewesen. Er habe sich in dem vorliegenden Falle von der Erwägung leiten lassen, daß es im Interesse der Verhütung eines Teils der Einwohnerchaft liege, wenn Pferdefleisch bei geeigneter Gelegenheit zur Verfügung sei; wenn der Gemeinderat anderer Ansicht sei, wolle er in Zukunft entsprechende Maßnahmen treffen, worauf G. H. Kallier bemerkt, daß darauf Bedacht genommen werden möge, daß keine toten Pferde von auswärts dem Schlachthaus zugeführt werden sollen. Dieser Standpunkt wurde schließlich nach weiterer Aussprache von der Mehrheit des Gemeinderats geteilt.

Der letzte Punkt der Tagesordnung wurde, da noch nicht spruchreife, für die nächste Sitzung zurückgestellt.

Württemberg.

Stuttgart, 19. Nov. (Forderungen der Bau- und Notstandsarbeiter.) Die hiesigen Bau- und Notstandsarbeiter richteten an das Arbeitsministerium und an die Stadtverwaltung die Forderung nach einer einmaligen Beschäftigungszulage (Winterbeihilfe) von 250 Mark und Erhöhung des Verdienstaufschlags bei Regen- und Frosttagen mit 90 Prozent.

Stuttgart, 19. Nov. (Mehr Wasserkräft.) Die starken Niederschläge der letzten Tage, insbesondere die rasche Schneeschmelze, haben alle Bäche und Flüsse des Landes rasch anschwellen lassen. Infolgedessen können nicht nur die Mäuler wieder ihren vollen Mahlbetrieb ausüben, sondern auch die Elektrizitätswerke mit einer Wasserkräft sind wieder leistungsfähiger geworden. Bei verschiedenen Werken, so auch beim städtischen Elektrizitätswerk, konnte der Notbetrieb abgeschafft und den Gewerbetreibenden wieder mehr Strom zur Verfügung gestellt werden. Auch für die Beleuchtung wird der Schneegang nützlich wirken.

Stuttgart, 19. Nov. (Wenn schon, denn schon.) Die Brauereiarbeiter des Landes verlangen von den Brauereien eine Betriebsbeihilfe von 500 Mark für die Verheirateten, 450 Mark für die Ledigen und außerdem von 50 Mark für jedes Kind unter 15 Jahren bei den Verheirateten. Besser wird das Bier davon nicht werden.

Fürth, 19. Nov. (Die Pforzheimer Mordtat.) Der Mordmörder Wienhardt, der gestern hier verhaftet wurde, hat seine Tat in der abgelegenen Würzburgerstraße von Pforzheim an der Prostituierten Franziska Holt begangen, die um 7 Uhr abends mit durchschnittlichem Haufe auf einem Dwan ihres Zimmers aufgefunden wurde. Wienhardt und sein Wobegewohnte Harimann, der ebenfalls hier gefaßt wurde und als Kalfiter gilt, haben 500 Mark in Papieren, eine goldene Uhr und Schmuckstücke geraubt. Auf ihre Ermittlung war eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Schramberg, 19. Nov. (Drei Ueberfahrene.) Bürgermeister Schwendemann in Steinach bei Haslach war mit einigen Bürgern damit betraut, die Kontrolle beim Verladen von Vieh, das zur Ueberführung kam, am Bahnhof vorzunehmen. Wälgig unerwartet und unbedacht rollten einige Altkarossen heran. Dadurch wurde Schwendemann unter die Räder geschleudert und überfahren. Der Tod erfolgte sofort. Ratschreiber Kaver Schwendemann, der zwischen den Puffern stand, kam ebenfalls zu Fall. Glücklicherweise gingen die Wagen über ihn hinweg, ohne ihn zu verletzen. Etwas bedenklicher ist der Zustand des Sohnes Karl von Polizeibeamter Joos, der ebenfalls unter die Räder kam und als scheinbar eine Gehirnerschütterung davontrug.

Heidenheim, 19. Nov. (Eine kalte Nacht.) In der Nacht von Montag auf Dienstag sank das Thermometer auf 16 Grad Celsius, Dienstag zeigte es bei Bewölkung und Schneefall noch 7 Grad Celsius Kälte.

Baden.

Pforzheim, 19. Nov. In der Bürgerchaft laufen, wie der „Pforz. Anz.“ schreibt, seit Montag abend Gerüchte über wichtige Vorgänge in der Lebensmittelkommission um, die sich nach unserer Ermittlungen bestätigen. Auf dem Rathhause bestehen zwei solche Kommissionen, die eigentliche geschäftsführende Kommission mit rund 20 Mitgliedern und die erweiterte oder große Lebensmittelkommission, die noch einige Mitglieder mehr zählt. Infolge der Anstimmungen, die sich mit dem Vorsitzenden, Stadtrat Spengler, ergeben haben, erklären die bürgerlichen Mitglieder der ergeren Kommission in der am Montag abgehaltenen Sitzung, daß sie nicht mehr in der Lage seien, mitzuarbeiten, und sie legten demgemäß ihr Amt nieder. Da die Juristablenkenden, in der Linie die Angehörigen der Wehrsozialdemokratie, kaum die alleinige Verantwortung für die Geschäfte zu tragen beabsichtigen dürften, so wird der Stadtrat wohl alsbald vor die Frage gestellt werden, ob und in welcher Weise er die Kommission neu bilden will. — Uebrigens ist, wie wir erfahren, der derzeitige Vorsitzende, Herr Stadtrat Spengler, der am Montag noch der Bürgerausschussführung amwohnte, erkrankt und war gestern bettlägerig.

Malzbühl, 19. Nov. Schmugglerprozesse sind vor dem hiesigen Schöffengericht an der Tagesordnung. In seiner letzten Sitzung verurteilte es den Kaufmann Fritz Emmenegger von hier wegen Tabaksmuggels zu 2 Monaten Gefängnis und 9000 Mark Geldstrafe. Ferner stand eine lebenslängliche Schmugglergefangenschaft aus Festhalten vor dem Gericht, die ebenfalls Tabak über die Grenze geschmuggelt und damit Handel getrieben hatte. In Schmuggler erzielten größere Geld- und empfindliche Gefängnisstrafen. — Im Oktober sind von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Scheinhandels, Kettenhandels usw. insgesamt 200 Gefängnisstrafen in Höhe von über 275 000 Mark mit entsprechenden Gefängnisstrafen erkannt worden.

Ueberlingen, 19. Nov. Die im hiesigen Amtsbezirk vorgenommenen freiwillige Sammlung von Obst für die Winterbedürftigen in verschiedenen größeren badischen Städten hatte das erfreuliche Ergebnis, daß insgesamt 700 Zentner Obst zum Versand gelangt werden können. Die Verteilung wird voraussichtlich so erfolgen, daß Karlsruhe 200 Zentner, Mannheim und Pforzheim je 150 Zentner erhalten. Die restlichen 200 Zentner sollen den armen Kindern des Erzgebirges zugeführt werden. Die Verteilung soll in den Städten von den Gemeindebehörden unbedingt kostenlos in nicht allzu großen Mengen erfolgen. Mit der Obstlieferung haben sich die Landwirte des Bezirks Ueberlingen ein vorzügliches Zeugnis des Wohlwollens selbst ausgestellt.

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 19. Nov. Die Deutsche demokratische Partei hielt heute im Bürgermuseum eine aus dem ganzen Lande gut besuchte Sitzung des Landesauschusses ab, die durch die Vorsitzenden der einzelnen Ausschüsse und Abgeordnete der Nationalversammlung vertreten waren. Eingeleitet wurde die Sitzung durch die Mitteilung des Vorsitzenden, Konrad Haushamm, daß am 6. Januar die Abhaltung einer großen Parteiversammlung vorzugehen sei, der am 5. Januar ein Referat über die Umgestaltung der Reichsregierung, wobei er sich zugleich über die derzeitige wirtschaftliche und politische Lage ausließ. Landtagsabgeordneter Schaefer sprach über die Umgestaltung der württembergischen Regierung. Das Mitglied der Nationalversammlung, Wieland-Ulm, richtete über das Betriebsrätegesetz, Ueber das letztere Referat erwiderte sich eine sehr lebhafte Debatte.

Stuttgart, 19. Nov. Wie verlautet, beabsichtigt die Familie Bismarck eine einstweilige Verfügung auf Verhinderung der Veröffentlichung des dritten Bandes von „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen“ zu erwirken.

Sigmaringen, 19. Nov. Gestern ist Prinz Franz Joseph, der seinerzeit als Leutnant der „Emden“ in englische Kriegsgefangenschaft geriet und bis jetzt auf der Insel Malta interniert war, gesund und wohlbehalten hierher zurückgekehrt. Der Fürst war dem Prinzen zum Empfang bis Konstanz entgegengefahren.

München, 19. Nov. Zur Verkehrsvereinfachung in Süddeutschland errichtet Bayern in Würzburg eine Generalbetriebsleitung, die die Eisenbahndirektionsbezirke Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg und Ludwigslofen a. Rh. umfassen. In den Bezirken der Eisenbahndirektionen Frankfurt, Erfurt und Karlsruhe dieser neuen Zentrale zugewiesen. Sie soll den Verkehr nach einheitlichen Grundrissen und in engerer Fühlung mit der Generaldirektion in Effen, die Kohlenförderung überwachen. Damit ist ein bedeutsamer Schritt zur Vereinfachung der deutschen Staatsbahnen gegeben.

München, 19. Nov. Der Anschlag Koburgs an den Freistaat Bayern ist so gut wie gesichert. Er wird nach dem Ergebnis der Befragungen, die zwischen den Vertretern Koburgs und des bayerischen Ministerium stattfanden, in der ersten Hälfte des nächsten Jahres erfolgen. Bei den Befragungen wurde in allen Punkten ein völliges Einvernehmen erzielt.

Julda, 20. Nov. Als unmittelbarer Nachfolger des verstorbenen Kölner Erzbischofs wird der derzeitige Bischof von Babelorn genannt.

